

Mit Pfeifen und Fahnen zur Finanzsenatorin

500 Beschäftigte demonstrieren für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst

VON KATHRIN ALDENHOFF

Bremen. Die Forderungen sind deutlich: Sie wollen mehr Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und vor allem mehr Geld. Die Gewerkschaften Verdi und GEW (Erziehung und Wissenschaft) in Bremen hatten zu Warnstreiks aufgerufen; rund 500 Beschäftigte demonstrieren am Mittwoch vor dem Sitz von Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne). Unter ihnen Erzieherinnen, Angestellte des Justizvollzugs und Beschäftigte des Amtes für soziale Dienste, die nach dem Tarifvertrag der Länder bezahlt werden. Insgesamt sind nach Aussage von Verdi rund 9000 Beschäftigte in Bremen direkt von den Tarifverhandlungen betroffen.

„Wir brauchen mehr Steuer- und mehr Lohngerechtigkeit. Wir brauchen vor allem aber auch attraktive Arbeitsbedingungen, damit sich mehr Menschen für einen Beruf im Bildungsbereich entscheiden“, sagte Christian Gloede, Landesvorsitzender der GEW. Und Kornelia Knieper von Verdi ergänzte: „Es fehlt an Fachkräften.“ Zum Beispiel hätten die freien Träger wegen der aktuellen Gehaltsstrukturen massive Probleme, Fachkräfte für Kitas zu finden. Und auch im Straßenbau fehle es an Fachkräften. Die Warnstreikenden trafen sich vor dem Sitz der Finanzsenatorin, weil sie bei den laufenden bundesweiten Tarifverhandlungen Bremen als Arbeitgeber vertritt.

Die Gewerkschaften fordern sechs Prozent mehr Geld. So sollen etwa die Lohnunterschiede zwischen Niedersachsen und Bremen angeglichen werden. Wer als persönlicher Assistent an einer Schule in Nie-

„In Bremen arbeiten Lehrer mehr für weniger Geld.“

Christian Gloede, GEW

dersachsen arbeite, verdiene rund 500 Euro monatlich mehr als sein Bremer Kollege, sagte Knieper. Der Grund dafür sind die unterschiedlichen Entgeltgruppen, in die Beschäftigte eingeteilt werden, und die unterschiedlichen Tarifverträge; für manche gilt der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVÖD), für manche der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TVL). „Diese Differenz muss aufgeholt werden.“

Im Haushalt ist nach Auskunft einer Behördensprecherin eine Steigerungsrate bei den Gehältern von 1,5 Prozent eingeplant. Ergeben die Tarifverhandlungen ein größeres Plus für die Beschäftigten, müsse an anderer Stelle gespart werden. Wenn die Gewerkschaften ihre Forderung von sechs Prozent durchsetzen, kostet Bremen das ihrer Aussage nach 25 Millionen Euro. Und wenn das Ergebnis auf Beamte und Pensionäre ausgeweitet wird, kämen noch einmal 68 Millionen Euro hinzu.

„Ich streike heute, weil ich mehr Wertschätzung für meinen Beruf will. Und mehr



Gewerkschaftsmitglieder demonstrieren vorm Amtssitz von Karoline Linnert.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Geld“, sagte eine Demonstrantin, die beim Martinsclub als Erzieherin arbeitet. Ein Angestellter im Justizvollzugsdienst ist mit zwölf Kollegen zur Kundgebung gekommen. „Ich erwarte, dass die Politiker unsere Sorgen und Nöte erkennen“, sagte er. „Da geht es um soziale Gerechtigkeit.“

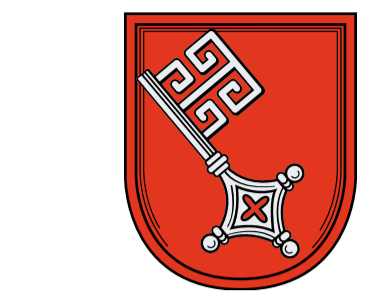
„Bei dem desolaten Zustand, in dem sich der Öffentliche Dienst befindet, ist es Zynismus, dass nicht an den wesentlichen Stellen investiert wird“, sagte Gloede. Dabei gebe es genug Geld, es müsse nur gerechter verteilt werden. Weitere Forderungen sind: Auszubildende sollen 90 Euro mehr im Monat erhalten und nach erfolgreicher Ausbildung übernommen werden. Es sollen weniger Beschäftigte befristet eingestellt werden, das ist vor allem an der Universität ein großes

Thema. Und die Ergebnisse der Tarifverhandlungen sollen auf die Beamten übertragen werden. Denn die dürfen nicht streiken, um Lohnerhöhungen zu fordern. Von einem guten Verhandlungsergebnis würden etwa 1000 weitere Angestellte profitieren, sagte Knieper. Etwa die Erzieherinnen bei freien Trägern, deren Gehälter sich am Tarifvertrag der Länder orientieren.

Auch Bremens Polizisten dürfen nicht streiken. Jochen Kopelke, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, unterstützt aber die Forderungen von Verdi und GEW. „Die Politik muss wertschätzen, was Polizeibeamte geleistet haben“, sagte er. Polizisten hätten geholfen, die Flüchtlingssituation zu bewältigen und sichergestellt, dass es in Bremen keine „verheerenden Übergriffe“ auf

Geflüchtete gegeben habe. Bei der Beamtenbesoldung hinke Bremen hinterher, nur Berlin bezahle noch schlechter, sagte Christian Gloede. „In Bremer Schulen unterrichten Hunderte ohne Abschluss.“ Viele Absolventen suchten sich einen Job in Niedersachsen, denn: „In Bremen arbeiten Lehrer mehr für weniger Geld.“ Um junge Lehrer in Bremen zu halten, sei es wichtig, die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf die Beamten zu übertragen.

Die Auftakttrunde der Tarifverhandlungen am 18. Januar in Potsdam für eine Million Beschäftigte im Öffentlichen Dienst in Deutschland war ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Am 30. und 31. Januar wird weiter verhandelt, eine dritte Runde ist für den 17. und 18. Februar geplant.



Welches ist der Sinn unseres Lebens, welches der Sinn des Lebens aller Lebewesen überhaupt?

Eine Antwort auf diese Frage wissen, heißt religiös sein.

Du fragst: Hat es denn überhaupt einen Sinn, diese Frage zu stellen?

Ich antworte: Wer sein eigenes Leben und das seiner Mitmenschen als sinnlos empfindet, der ist nicht nur unglücklich, sondern auch kaum lebensfähig!

ALBERT EINSTEIN (1879-1955)

TACH AUCH Zentral

VON BERND MEIER

Meine Zeitschriften kaufe ich im Schwachhauser Pressezentrum. Nun gut, es ist nur ein Kiosk. Aber wie lange noch? Ein neuer Name ist schon lange fällig. Es muss nicht unbedingt ein „Zentrum“ sein. Denkbar wäre auch ein „Institut“. Allerdings müsste es „Institut für Printmedien und Gummibärchen“ heißen, wenn alle Zielgruppen angesprochen werden sollen. Gerade das „Institut“ ist ja seit einigen Jahren mächtig beliebt. Besonders im Aufhübschungsbereich, wo es den „Salon“ hinter sich gelassen hat. Frauen gehen halt gern ins Kosmetik Institut. Oder in das Institut Beauté. Wer sich die Nails nach wissenschaftlichen Erkenntnissen feilen, polieren, lackieren lassen will, sollte sich für die „Akademie der Schönheit“ entscheiden. Wie bitte? Nein, der Name ist nicht erfunden. Vor einigen Tagen sah ich in einer westdeutschen Großstadt ein Geschäft, in dem Bürostühle und Schreibtische verkauft werden. Es nennt sich „Zentrum für gesundes Arbeiten“.

Ein Problem mit dem Handicap

Bremen. Ein aufmerksamer Verkäufer hat einem Dieb das Geschäft vermasselt. Und ein Polizist schaffte es mit einer kurzen Frage, den angeblichen Golfprofi zu entlarven. Gegen den 25-Jährigen mit „Tiger-Woods-Ambitionen“ werde jetzt ermittelt, berichtete die Polizei am Mittwoch.

Demnach hatte der Mann in der Nacht zum Dienstag Golfschläger aus einem Auto in Oberneuland gestohlen. Am Dienstagmorgen wollte er sie in einem Sportfachgeschäft umtauschen. Da begann seine Pechsträhne: Dem Mitarbeiter im Geschäft fiel nämlich ein, dass er solche Schläger vergangene Woche einem Stammkunden verkauft hatte. „Ein kurzer Anruf bei dem Bestohlenen und bei der Polizei – und schon war das Sportgeschäft nicht mehr so kulant wie gewohnt beim Umtausch seiner Waren“, heißt es im Polizeibericht. Doch der 25-Jährige gab so schnell nicht auf. Auch als ihn Polizisten befragten, behauptete er weiter, selbst Golf zu spielen. Es handele sich um seine Schläger.

Ein gewitzter Beamter fragte daraufhin nach der Spielstärke des vermeintlichen Golfprofi: „Wie ist denn das Handicap?“ Der Beschuldigte reagierte genervt: „Was soll das denn? Ich bin nicht behindert.“ Das reichte der Polizei. Gegen den 25-Jährigen laufen jetzt Verfahren wegen Diebstahls und versuchten Betrugs. EHO

Besonderes Depot für die Beute

Bremen. Eng am Körper hatte ein Räuber seine Beute versteckt. Es half aber nicht: Polizisten untersuchten ihn gründlich – und fanden das zuvor gestohlene Geld in seiner Po-Falte. Der 30-jährige Bremer hatte am Dienstag in Gröpelingen einer Fußgängerin (67) die Handtasche entrisen, wie die Polizei berichtet. Die Frau kam von einer Bank in der Lindenhofstraße, was der Mann wohl gesehen hatte. Nach dem Raub, bei dem die Rentnerin leicht verletzt wurde, flüchtete der Täter auf einem Fahrrad. Das Opfer und ein Zeuge konnten ihn allerdings gut beschreiben, deshalb wurde er schon wenig später gestellt. Die Handtasche hatte er inzwischen weggeworfen und rasch ein ganz spezielles Depot für das Geld gefunden. Bei den weiteren Ermittlungen stellte sich laut Polizei heraus, dass gegen ihn bereits ein Haftbefehl vorlag. EHO

Bierverbot im Bahnhof

Weil Münster in Osnabrück spielt, gibt es auch hier keinen Alkohol

VON JAN OPPEL

Bremen. Am kommenden Sonnabend gilt im Bremer Hauptbahnhof ein striktes Alkoholverbot. Grund dafür ist nicht etwa das Fußballspiel des SV Werder gegen den FC Bayern München, sondern das Drittliga-Derby zwischen dem VfL Osnabrück und Preußen Münster.

Bei der Anreise zu Spielen ihrer Vereine seien betrunkene Fans beider Lager immer wieder negativ aufgefallen, begründete eine Sprecherin der Bundespolizei in Hannover die Entscheidung. So hätten etwa Anhänger des VfL Osnabrück die Sicherheitskräfte mit Flaschen und Dosen beworfen. Die betroffenen Beamten hätten teilweise schwere Verletzungen davongetragen.

Solche Szenarien will die Bundespolizei mit den angekündigten Maßnahmen am Sonnabend unbedingt vermeiden. Das Verbot gilt auf Bahnverbindungen, die aus der erweiterten Umgebung nach Osnabrück führen, sowie in allen Bahnhöfen, die an den Strecken liegen. Betroffen sind unter anderem die Verbindungen von Bremen über Vechta nach Osnabrück und zurück sowie die Strecke von Oldenburg über Cloppenburg nach Osnabrück in beiden Richtungen. Intercity- und ICE-Züge sind von dem Verbot ausgenommen.

Zwischen 6 und 14 Uhr sowie von 15.30 Uhr bis 21 Uhr ist es in Regionalzügen und Bahnhöfen untersagt, Alkohol zu trinken oder in Dosen und Flaschen mitzuführen. Auch Pyrotechnik, Vermummungsgegenstände und sogenannte Schutzbewaffnung, wie etwa Quarzsandhandschuhe oder ein Mundschutz, sind tabu.

Da Bremen für auswärtige Fans beider Vereine auf einer möglichen Anreisroute liege, gelte das Verbot am Sonnabend auch

hier, hieß es aus der Pressestelle der Bundespolizei. Wer dagegen verstößt, riskiert ein Bußgeld von 250 Euro.

Das Augenmerk solle bei den Kontrollen vor allem auf den Fans von Münster und Osnabrück liegen, dennoch könnten rein rechtlich bei Anhängern anderer Fußballklubs und bei Unbeteiligten keine Ausnahmen gemacht werden, so die Polizeisprecherin. Die Verfügung gelte für alle Reisenden.

Björn Fecker, innenpolitischer Sprecher der Bremer Grünen und Präsident des Bremer Fußballverbands, zeigte sich über das Vorgehen der Bundespolizei verwundert.

„Die Verhältnismäßigkeit darf zumindest angezweifelt werden“, so Fecker. Aus Bremen würden sich am Sonnabend, wenn überhaupt, wohl nur sehr wenige Fans auf den Weg nach Osnabrück machen. Stattdessen treffe das Alkoholverbot vor allem die zahlreichen Werder-Fans, Anhänger des FC Bayern und viele Unbeteiligte. „Auch die, die vom Hauptbahnhof aus nur ihre Kohltour starten wollen.“

Daniel Behm vom Bremer Fanprojekt steht Alkoholverboten bei Fußballspielen generell kritisch gegenüber. „Solche Aktionen können Auseinandersetzungen nicht verhindern.“ Die Erfahrung zeige, dass organisierte Hooligan-Gruppen, die gezielt auf Schlägereien aus seien, in der Regel auf Alkohol verzichteten. „Für die ist das eine Art Sport“, sagte Behm.

Aufgrund von Risikospiele kommt es im Bremer Bahnhof immer wieder zu Alkoholverboten: Im vergangenen Jahr zuletzt anlässlich der Begegnung zwischen Werder Bremen und Hannover 96 sowie beim Nordderby gegen den Hamburger Sportverein. 2015 habe es sogar bei vier Heimspielen ein entsprechendes Verbot gegeben, teilte die Bundespolizei mit. Leitartikel Seite 1



Björn Fecker (Grüne)
FOTO: HANNAPPEL

Erinnern an die NS-Opfer

Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Wannsee-Konferenz

VON KRISTIN HERMANN

Bremen. Der 20. Januar 1942 war ein strahlend sonniger Tag, das Grundstück der herrschaftlichen Villa am Wannsee in Berlin war von Schnee bedeckt. Unter dem Vorsitz des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, trafen sich dort 15 Vertreter der SS, der NSDAP und mehrerer Reichsministerien, um die Organisation des bereits beschlossenen Holocaust zu besprechen. „Die Wannsee-Konferenz steht für das, was den systematischen Massenmord an den europäischen Juden von anderen Genoziden unterscheidet. Ein Mord, der in einem arbeitsteiligen Prozess von der Verwaltung organisiert und durchgeführt wurde. Mit der Beteiligung zahlloser sogenannter Schreibtischtäter“, sagte Elke Gryglewski. Die stellvertretende Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz hielt am Mittwoch den Festvortrag bei der Veranstaltung des Senats zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

Der thematische Schwerpunkt in der Oberen Rathaushalle lag dieses Mal auf dem 75. Jahrestag der Wannsee-Konferenz. Durch den Abend führte Thomas Köcher, Leiter der

Landeszentrale für politische Bildung. Musikalisch wurde das Programm unter anderem von Ralf Winkelmann begleitet.

Elke Gryglewski machte in ihrer Rede deutlich, warum das Erinnern an den Holocaust auch heute noch wichtig ist. „Wir sollten persönlich versuchen, glaubhaft in unserem Umgang mit der Vergangenheit zu sein. Im Wachenhalten eines kritischen Bewusstseins“, sagte sie. Bürgermeister Carsten Sieling, der das Grußwort für die Gedenkveranstaltung sprach, mahnte vor Rechtspopulisten der Gegenwart: „Wir erleben in letzter Zeit, wie die Zahl der Menschenfeinde wächst, die Hass predigen und den Boden bereiten für neue Menschenfeindlichkeit.“ Sieling spielte damit auf Aussagen des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke an, der sich vergangene Woche unter anderem kritisch über das Holocaust-Mahnmal in Berlin geäußert hatte.

Nach dem Vortrag von Elke Gryglewski schilderten Schüler des Gymnasiums Links der Weser in einem eindrucksvollen Bericht ihre Eindrücke, die sie während einer Kursfahrt in Auschwitz gesammelt haben. Anschließend lasen sie die Namen von Opfern der Medizinverbrechen in Bremen vor.

Der 27. Januar ist seit 1996 ein Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Datum bezieht sich auf den 27. Januar 1945, als die Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befreiten. Der Gedenktag ist allen Opfergruppen des Nationalsozialismus gewidmet und soll nicht nur historische, sondern auch aktuelle politische Bezüge zur Erinnerung und Wachsamkeit im Hinblick auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit herstellen. Zu dem Gedenktag findet auch in diesem Jahr ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm mit Filmen, Lesungen und Führungen statt. Das Programm gibt es auf der Internetseite der Landeszentrale für politische Bildung Bremen unter www.lzpb-bremen.de.



Carsten Sieling und Elke Gryglewski von der Gedenkstätte Wannsee-Konferenz. FOTO: KLAMA